



# FABRIK-ZEITUNG Klasse gegen Klasse Gegen Ausbeutung für Sozialismus!

Ausgabe Nr. 8 im September 2013

## Bundestagswahlk(r)ampf Alternativlos?

Kolleginnen und Kollegen! Wir haben mal wieder die Wahl – die Wahlen zum Bundestag steht an.

Wenn wir das genauer beleuchten, haben wir wohl eher die Qual!

Welche Wahl bleibt uns denn auch? Die Wahl zwischen kleinerem oder größerem Übel? Ist das so wie die Wahl zwischen Zusatzschicht oder Schichtverlängerung? Wechselschicht oder Nachtschicht?

Können wir mit unserer Wahl bei den Bundestagswahlen etwas bewegen, so dass sich für uns ArbeiterInnen was zum Besseren verändert?

Oder gilt für uns dieser Text?

**„Ich kann nur wählen,  
welche Mörder mir befehlen,  
welche Diebe mich bestehlen“**

Rio Reiser/Ton Steine Scherben

So wie bei uns in den Fabriken kaum über die Bundestagswahl geredet wird, so wenig interessieren sich die Wahlkandidatinnen und Kandidaten wirklich, was mit uns ist. Wir sind nur das Wahl“vieh“. Für welche Versprechen, für welches Programm sollen wir den Parteien unsere Stimme geben. Was wollen sie denn, was für uns besser werden soll?

Hier sind nur einige Ausschnitte aus den Programmen der Parteien, die aktuell im Bundestag vertreten sind.

**Die SPD verspricht z.B.:**  
Gute Arbeit – Gerechte Rente – Gerechter Arbeitsmarkt – Rentenniveau stabil halten – 8,50 € Mindest-

lohn – aktive Arbeitsförderung, öffentlich geförderter Beschäftigungssektor – Mehr Betreuer in Job-Centern – „Arbeitsversicherung“ soll Erwerbslosigkeit vorbeugen – gegen Missbrauch von Mini-Jobs – sachgrundlose Befristung abschaffen – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Arbeitsbedingungen + umfangreiche Änderungen bei der Leiharbeit – Schein-Werkverträge sanktionieren – Entgeltgleichheitsgesetz für Frauen – Förderung älterer mit „Eingliederungszuschuss“ – für Jüngere Praktikumsmissbrauch vermeiden und 2. Chance für einen Schulabschluss

**Worte, Gelaber, Geschwafel und mindestens eine Unverschämtheit:** Mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro kommt kein Werkstätiger auf ein menschenwürdiges Einkommen, geschweige denn im Alter auf eine Rente jenseits der Armutsgrenze.

Armutgefährdet ist aktuell, wer netto weniger als 869,- Euro zur Verfügung hat. Bei einer 40-Stunden-Woche und 8,50 Euro Stundenlohn kommt ein monatlicher Lohn von ca. 1500,- Euro raus. Netto sind das knapp über 1000,- Euro. Davon sollen sie einmal versuchen zu leben, die Herrschaften Parlamentarier.

**Die GRÜNEN – z.B.:**  
Alle sollen von ihrer Arbeit leben können – Grüne Projekte für mehr Gerechtigkeit – 8,50 € Mindestlohn – Sozialer Arbeitsmarkt – Mehr Be-

treuer in Job-Centern – Mitbestimmungsrechte für Erwerbslose – „Arbeitsversicherung“ soll Erwerbslosigkeit vorbeugen – Arbeitslosengeld unbürokratischer – Mini-Jobs langfristig abschaffen – sachgrundlose Befristung abschaffen – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Arbeitsbedingungen + „Flexibilitätsbonus“ für LeiharbeiterInnen – Schein-Werkverträge sanktionieren – Entgeltgleichheitsgesetz und verpflichtend: Gleichstellungsmaßnahmen in der Privatwirtschaft – Alternsgerechte Arbeitsplätze – Erweiterung der dualen Ausbildung

Ganz hübsch und schön ähnlich wie die SPD-Versprechen ... Da müssen wir uns schon nicht so viel merken ... Nur zur Erinnerung: Auch wenn sie sich Mühe geben und uns mächtig Honig ums Maul schmieren: Rot-Grün sind verantwortlich für die Agenda 2010 mit allen Hartz-Gesetzen zur Ausweitung von Leiharbeit und Schikanen gegenüber Erwerbslosen – unter anderem Hartz IV!

**Die CDU/CSU verspricht unter anderem:**

Mindestrente 850 € – Mit der Union keinen Mindestlohn – Aktivierung Langzeitarbeitsloser durch Qualifizierung, Zielvorgaben – Mini-Jobs, befristete Arbeitsplätze und Leiharbeit sind Bereicherungen des Ar-

beitsmarktes und verringern die Arbeitslosigkeit. Nur im akademischen Bereich sind Befristungen ein Problem – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort – Werkverträge sind wichtig aber Missbrauch vermeiden – Perspektive „50plus“ - Förderung von Jugendlichen ohne Schul- oder Berufsabschluss ...

Das ist schon eine Nummer härter, aber im Grundsatz gibt es kaum einen Unterschied zu SPD und GRÜNEN.

**Die LINKE verspricht:**  
**100% sozial – 10 € Mindestlohn – Einkommensobergrenze von ca. 500.000€/Jahr – Öffentlicher Beschäftigungssektor: Teilnahme freiwillig, Monatslohn 1500€ brutto – öffentlich geförderter Beschäftigungssektor – Arbeitsangebote an Erwerbslose entsprechen ihrer Qualifikation und ethischen Überzeugung – Hartz-System muss weg, bis Alternative ausgearbeitet ist sollen Regelsätze auf 500€ – Sperrzeiten beim Arbeitslosengeld abschaffen Mindestsicherung 1050€ – Mini-Jobs in sozialversicherungspflichtige Jobs wandeln – Befristete Arbeitsplätze nur als Ausnahme – Bis zum gesetzlichen Verbot der Leiharbeit, gleiche Bezahlung plus 10% Flexibilitätszulage – Werkverträge nur mit Zustimmung des Betriebsrats – Arbeitszeitverkürzung als Maßnahme gegen steigende Arbeitslosigkeit ...**

Immerhin! Ein kleiner Unterschied! Und **Arbeitszeitverkürzung** ist eine Forderung, die wir innerhalb dieses Systems durchaus auf der Tagesordnung haben! Aber machen wir uns **keine Illusionen**: Die LINKE hat schon signalisiert, dass sie für eine Koalition mit SPD und Grünen, zu

Zugeständnissen bereit ist ...

**Die FDP verspricht,**  
**dass sie immer wieder den Besser-**  
**verdienenden die letzten Steuer-**  
**Euros in den Hintern blasen wird –**  
**und uns Werk tätige nach dem**  
**Motto „Jeder ist seines Glückes**  
**Schmied“ kürzen und streichen**  
**würde, wenn sie nur könnte ...**

Mehr oder weniger versprechen sie alle uns Werk tätigen wie vor jeder Wahl **einige Krümel vom Kuchen**. Und nach den Wahlen ist dann wieder vor den Wahlen, nach dem Motto: „Was interessieren uns unsere Versprechen von gestern?“ Nur ein Beispiel: Vereinfachung des Steuerrechts – das war ein Wahlkampfhit von CDU/FDP 2009. Was dabei rauskam? Nix! Rein gar nichts! Die SPD hatte im Wahlkampf 1998 versprochen den Kohl'schen Streikparagrafen wieder abzuschaffen. Was wurde draus? Nix! Rein gar nichts! So geht es bei einer langen Liste von „Wahlversprechen“, die einfach in die Wahlkampfarena geworfen werden. Besonders für uns Werk tätige wird kaum was verwirklicht.

**Wenn also ihre Wahlversprechen nichts Konkretes sagen – Wie sieht denn dann die konkrete Politik der Parteien in der Realität aus?**

Die letzten dreißig Jahre mal zurückgeblickt: Hat sich für uns was verbessert? Im **Gesundheitssystem?** Im **Bildungsbereich?** In der sozialen Absicherung **für erwerbslose** Werk tätige? Erhaltung der **Umwelt** z.B. Hochwasserschutz? Öffentlicher **Personenverkehr?** **Kultur?** **Streikrecht?** Bei den **Arbeitsbedingungen?** **Lebenshaltungskosten?** **Pflege?** **Kinderbetreuung?** **Rente?** Und schließlich für ein **Leben ohne Rüstung und Krieg?**

**Nix! Nix! Und noch mal: Nix!**

Für uns hielten die Herren und Damen Parlamentarier immer nur den Satz parat:

**Arbeiterklasse!**

**Zur Kasse bitte!**

Sie rauben uns die Taschen leer, kürzen und streichen bei den Armen, um dann unser Geld u.a. in sinnlosen Bauvorhaben zu versenken. Inzwischen können wir uns zu einer Rundreise durch ganz Deutschland aufmachen: Besuchen wir die Ruinen unserer Steuermillionen! Die abwechslungsreiche Tour beginnt im Norden: In Hamburg besichtigen wir die seit 2007 im Bau befindliche **Elbphilharmonie** – Ein Protzbau für schlappe 789 Mio Euro und damit mehr als zehnmals so teuer wie geplant (77 Mio Euro). Weiter geht es nach Berlin: Der **Hauptstadtflughafen Willy Brandt** Berlin Brandenburg, auch bekannt als Baustelle der Pleiten und Pannen liegt inzwischen bei 7 Jahren Bauzeit und 5,1 Mrd Euro (geplant: 5 Jahre und 1,7 Mrd Euro). Wenn wir schon in Berlin sind, nutzen wir die Zeit für eine Stippvisite beim Kriegs- pardon: „Verteidigungs“-Minister. Besichtigen wir wenigstens die Modelle und – besonderes Highlight: die Rechnungen für die **Euro-Hawks**. Immerhin 668 Mio verbraten für nix und immer noch 675 Mio zur freien Verfügung, denn er hat ja nichts falsch gemacht, der Lothar ... Keine Ruine, aber eine der größten Baustellen ist das **Regierungsviertel** in Berlin: Noch immer nicht fertig gestellt und Milliarden schwer, inklusive **Kanzler-U-Bahn**, die wohl sinnloseste und dabei teuerste U-Bahn überhaupt (750 Mio Euro). Wir beenden diese Reise in Stuttgart, wo der **tiefer gelegte Bahnhof, S21**, regelmäßig teurer wird. Höchstmarke bisher: 8,7 Mrd € Spannende Ruinen, alles echte **Eurogräber**. Die Liste lässt sich noch lang fortsetzen. **Solch lehrreiche Reisen** haben wir auch den bürgerlichen Politikern zu verdanken. Sie sind an die Tröge der Macht gewählt und offenbar für nichts verantwortlich. Sie

versenken die Milliarden ... und es passiert nix, rein gar nichts. Wir ArbeiterInnen riskieren am Band für Ausschuss Lohnabzug und schon bei kleinen Verstößen Abmahnungen oder gar die Kündigung.

Aber die Kosten für Prestigebauten, Rüstung, Atommüllentsorgung steigen und die Kalkulationen klettern ins Unermessliche. Am Ende ist's keiner gewesen und keiner hat Schuld. Nächste Wahl, andere oder die selben Politiker. Und alles geht im gleichen Stil und Sumpf weiter.

**„Alternativlos!“, sagt die Kanzlerin ...**

**„Basta!“ sagt der Ex-Kanzler (Gazprom-Schröder) ...**

**Wir müssen schlucken, egal wer Kanzler ist!**

Die Politik der vergangenen dreißig Jahre sagt uns mehr über die Parteien als ihre Wahlkampfbroschüren.

**Unter'm Strich bleibt:** Sie wollen für uns Arbeiterinnen und Arbeiter, Werkstätige nichts ändern! Sie wollen selbstverständlich weiterhin dem Kapital helfen, die Profite zu sichern. Sie wollen in ihren Positionen ein paar Jahre Diäten scheffeln und ihre Macht genießen.

**Sie sind Teil des Staates zu Diensten des Kapitals.** Damit sind sie die Diener derjenigen, die täglich unsere Arbeitskraft ausbeuten und ihre Profite auf unsere Kosten vermehren.

**Wo kommt das Geld eigentlich her, von dem die Abgeordneten bezahlt werden?** Von den Konzernen, die ja am meisten Einfluss auf den Staat haben? Ein bisschen fließt wohl auch von denen. Eine kleine Spende hier eine Aufmerksamkeit da. Eine Reise hierhin, ein Koffer voll Geld dort. Da kommt für den einen oder die andere bestimmt was zusammen.

Aber das alles gehört ja nicht zum

offiziellen Einkommen. Es fließen auch Gelder aus dem Steuersäckel. Der Clou ist, dass die Bundestagsmitglieder ihre Diäten, ihre „Amtsent-schädigungen,“ selbst bestimmen. Das machen sie nicht etwa freiwillig. Das schreibt ihnen das Gesetz vor! Per Handheben werden die Diäten erhöht – Schönes Gesetz! Das wäre doch mal was.

In allen Betrieben Belegschaftsversammlung jedes Jahr im November: Wollen wir ab Januar 300,- Euro mehr Lohn? Ja! Mehrheitlich angenommen. Fertig!

Der Bundestag beschließt das alles genauso, wie im Rahmen des Staatshaushalts **Steuererleichterungen für die Herren Kapitalisten** beschlossen werden. Konsequentermaßen dürfen unsere Ausbeuter jedes Jahr mit weiteren Erleichterungen rechnen.

Wo kommt der Löwenanteil für die **Steuergeschenke** her? Richtig: Aus unseren Taschen. Um also die Profite der Monopole zu sichern muss – na klar – die Schraube der Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen für uns Werkstätige angezogen werden.

Die Parteien machen hier und da Unterschiede für ihre ganz speziellen „Kunden“. ABER sie unterscheiden sich nur wenig in ihrer Politik, nicht im Grundsatz: **„Alle innerhalb des kapitalistischen Systems, alle gemeinsam für Deutschland!“**

**Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda!**

NPD, Republikaner, Pro Deutschland wollen mit ihrer menschenverachtenden Wahlpropaganda uns Arbeiterinnen und Arbeiter blenden.

Nicht die profitgierigen Fabrik- und Monopolherren, von VW, BASF, Thyssen, GM, das Finanzkapital von Deutscher Bank, Sparkassen, Commerzbank Bank etc. sind verantwortlich für Krise und wachsende Armut. Nein, ihre rassistische Hetze zielt auf unsere

KollegInnen, Nachbarn und Freunde. Das Nazi-Pack hat kein Recht seine Hass sprühenden, deutsch-chauvinistischen Parolen gegen MigrantInnen, Flüchtlinge, nationale Minderheiten wie Roma und Sinti, gegen die islamische Religion in unseren Städten aufzuhängen.

**Machen wir ihnen einen Strich durch die Rechnung: Hängen wir sie: Ab!**

Eins der häufigsten Worte in der Wahlprogramm-schleimerei ist **Gerechtigkeit**. Was aber bedeutet hier gerecht? Ist es gerecht, dass z. B. eine Arbeiterin mit 55 in der Hartz IV-Falle arm wird, dann mit 850 Euro Mindestrente (CDU) nahtlos in die Altersarmut rutscht?

Währenddessen schlossen ihre Bosse erst die Fabrik, um sich dann mit ein paar **Abfindungsmilliönchen** der nächsten **Profitquelle** zuzuwenden.

Fabriken schließen, Arbeitsplätze vernichten, woanders Subventionen kassieren, Löhne drücken, und dabei noch kräftig absahnen. **Legal? Nicht immer.** Aber das ist egal, denn in diesem System weiß jeder, wer die Rechnung zahlen wird. Das sind wir! Wir alle, egal, ob mit oder ohne Arbeitsplatz, egal welcher Herkunft oder Nationalität, egal! Wir sind die Werkstätigen und damit der ausgebeutete Teil dieser Gesellschaft. **Wir sind eine Klasse – die Arbeiterklasse!**

**Gerechtigkeit - Fehlanzeige**

Gerechtigkeit: ist das Verhalten das allgemein als gerecht empfundenen Grundsätzen entspricht. Gerecht ist, wenn allen gleichmäßig das Gleiche zuerkannt wird, sagt der Duden.

Das wäre z.B. der Fall, wenn ein Manager soviel verdient wie ein Arbeiter. Klingt gut. Umgekehrt klingt es noch besser: wenn unsere Arbeiterlöhne an die üblichen Manager-einkommen angeglichen würden.

**Allerdings – in diesem System unmöglich!** Es war und wird nie gerecht im Kapitalismus! **Im Kapitalismus, in der Klassengesellschaft**, wo wir, die Werktätigen, auf der einen Seite stehen und alle Werte mit unseren Händen schaffen. Auf der anderen Seite stehen die Kapitalisten, das Bürgertum. Die besitzen alle Produktionsmittel, Grundbesitz und Kapital. Das ist die Realität, in der wir leben! Daran ändert auch das Programm der LINKEN nichts.

**DIE LINKE plakatiert: "Teilen macht Spaß: Millionärsteuer!"**

**Warum nicht? Aber: Mehr hätten wir von hohen Löhnen!**

Die Linke will uns weismachen, dass die Großkapitalisten nur darauf warten, höhere Steuern zu zahlen. Das macht Spaß?! **Wo leben die?** In jedem Betrieb ist ein Heer von Bürokratenfuzzis nur darauf angesetzt, Centbeträge in der Produktion durch Steigerung der Arbeitshetze einzusparen. In jedem Konzern sind Kompanien von hoch bezahlten Steuer"beratern" auf der Pirsch, jedes Steuerschlupfloch aufzuspüren. **Ihre Auftraggeber sind die Millionäre, die angeblich Spaß haben am Teilen!!?**

Das reichste Hundertstel der Bevölkerung in Deutschland besitzt etwa ein Drittel des gesamten Privatvermögens.

Auch wenn Vermögenssteuer im Grundgesetz vorgesehen ist, setzt die Politik alles dran, die Reichen zu entlasten.

Nur in Zeiten von Klassenkampf und Aufbegehren, wird als Beruhigungsspiel fürs Volk, das Kapital höher besteuert. Herrscht wieder Ruhe im Land: alles wieder auf Anfang.

Was soll das Geschwafel von rechtem Arbeitsmarkt, gerechter Teilhabe, gerechten Löhnen, gerechter Rente und all dem anderen gerechten Mist, den uns die Wahlkampfparteien um die Ohren hauen?

Mit ihrem **Wahlkrampfschlummerlied** wollen sie uns alle vier Jahre immer wieder einlullen:

*„Wir versprechen euch, dass alles besser, gerechter, der Himmel blauer, die Welt grüner, Politiker ehrlicher und Ka-*

*pitalisten freigebig werden. Wählt uns! Damit alles – beim Alten bleibt! Es gibt ja keine Alternative zu diesem Staat! Wehrt euch nicht länger: Wählt uns!"*

Wir sehen die Lage der Werktätigen in Griechenland, Spanien, Portugal ... und bekommen eine Ahnung davon, was uns nach den Bundestagswahlen blüht. Die **Krise**, die wird NUR auf uns abgewälzt. Dafür, dass Banken gerettet werden und **Konzerne Profite** scheffeln können schufteten wir bis zum Umfallen. Für uns bleibt der Blick ins leere Portemonnaie. Alles wird teurer, der Lohn bleibt niedrig. Die **Reallöhne** sind seit der Jahrtausendwende im Schnitt um rund 4% **gesunken**. Aber Obst und Gemüse ist allein in diesem Sommer fast 25% teurer als im vergangenen Jahr. **Nee, is klar!** Vitamine können wir auch billiger kriegen! Bloß nicht so anstellen – **frisches Obst?** Die Frage ist, welcher Werktätige sich in Zukunft solchen **Luxus** noch leisten kann? Zu düster? Nein – schon heute bittere Wirklichkeit für viele Familien. Aktuell sind rund 15,2% der Werktätigen in Deutschland **armutsgefährdet**. Das bedeutet sie müssen im Monat mit weniger als 869 Euro netto auskommen.

Nach der Wahl können wir unter anderem fest damit rechnen, dass die **Mehrwertsteuer** weiter angehoben wird. Das trifft in erster Linie – UNS!

Ob Agenda 2010 oder 2020 oder ... In den letzten Jahrzehnten haben Schwarz-Gelb, Rot-Grün den Kapitalisten kräftig die Abgaben erleichtert. **Kommunen kurz vor der Pleite**. Bildungs- und Sozialsystem in der Abwärtsspirale.

Dafür stiegen aber die **Politikergelöhner**, ihre Pensionen werden üppiger und die Parteien rundum finanziert.

Warum? Ach ja! Sie haben ja mit den Monopolherren zusammen dafür gesorgt, dass UNSERE Arbeitsplätze sicher sind, trotz Krise ... Ach? Das haben auch wir Werktätigen bezahlt?

Mit Kurzarbeit und Ausweitung von Leiharbeit und Werkverträgen. Na, so was. Das haben die Herren und Damen bei ihrer vielen Arbeit doch glatt übersehen ... Aber sind das nicht unsere Vertreter?

Eher die **Zertreter unserer Interessen**, die versuchen, uns vorzugaukeln, dass wir eine Wahl hätten!?

SPD, Die LINKE, die Grünen, Piraten tun so, als sei mit Mindestlohn, Grundeinkommen, Mindestrente ... das **Schlaraffenland für uns Werktätige** erreicht ... das reicht aber auch alles nicht zum Leben. Schlaraffenland? Gerechtigkeit? **Für uns nicht in diesem System!**

**Gerechtigkeit IST eine Frage des Systems** und das will keine Partei ändern. Außer der MLPD, die aber sagt nicht wie's geht. „Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte“ plakatieren sie. Ja! Aber was heißt das 2013 für Deutschland?

**Revolution** in der BRD, Umsturz aller Werte und vor allem Enteignung des Finanzkapitals, der Enteignung des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln. Ja **Enteignung der Kapitalisten**. Und die **Zerschlagung des bürokratischen abgehobenen Staatsapparates**. Dieser Staat, füttert all diese Politiker, Parteien und Institutionen, die unsere Ausbeutung und Versklavung organisieren. **Er muss zerschlagen werden.**

**Das ist der revolutionäre Weg!**

**WAHLBOYKOTT!**  
**Wir wählen den Kampf der Arbeiterklasse!**  
**Gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem!**

**Organisieren wir uns für den Klassenkampf in der Bolschewistischen Partei!**

1.09.2013

V.i.S.d.P.: H. König, Kafkastr. 56, 50829 Köln